

# **UN-KLIMAGIPFEL IN MONTREAL: WIE GEHT ES WEITER NACH 2012?**

HINTERGRUNDPAPIER ZUR AUSGANGSLAGE VOR  
DER COP11/MOP1, 28.11.-9.12.05



# UN-Klimagipfel in Montreal: Wie geht es weiter nach 2012?

Der UN-Klimagipfel in Montreal ist der erste nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und der erste auf nordamerikanischem Boden. Die kanadischen Gastgeber rechnen diese Ziele den drei I's zu, denen sie den Klimagipfel thematisch zuordnen: Implementation, Improvement, Innovation (Umsetzung, Verbesserung, Innovation).

## 1 Zentrale Aufgaben des Klimagipfels

Der Klimagipfel in Montreal hat vier zentrale Aufgaben:

- Als erster Gipfel nach dem Inkrafttreten von Kyoto muss er formal das Gesamtumsetzungspaket des Kyoto-Protokolls, die sogenannten Marakesh-Accords, annehmen. Hierbei ist alles zuende verhandelt, aber die Annahme, die hoffentlich nur eine Formalität ist, steht jetzt noch an. (Implementation)
- Er soll einen Einstieg in die Verhandlungen bringen, mit denen das Klimaregime nach 2012 ("Post-2012") weiter festgelegt wird. Das beste Ergebnis wäre ein formales Verhandlungsmandat als Abschluss von Montreal. Zur Erinnerung: Das Berliner Mandat von 1995 war der Startschuss zu den Verhandlungen, die 1997 im Kyoto-Protokoll mündeten. Es wird aber aller Voraussicht nach nicht zu einem Mandat in Montreal kommen. Zentral ist aber der Einstieg in formale Verhandlungen zu Post-2012, möglichst schon mit einem Zeitplan. Ein formales Mandat mit konkreten Design-Kriterien für ein weiteres Klimaschutzprotokoll wäre dann das wichtigste Ziel für den Klimagipfel 2006 (Innovation). Ein Abschluss der Verhandlungen mit konkreten weiteren Verpflichtungen für die Zeit nach 2012 ist allerdings frühestens in drei Jahren zu erwarten.
- Die Funktionalität des CDM (Clean Development Mechanism - Projektbasierter Emissionshandel mit Entwicklungsländern) sollte verbessert werden. Zentral ist es, dass zusätzliches Geld und Mitarbeiter für den Exekutivrat bereit gestellt werden (Improvement).
- Ob bei der Konkretisierung und Umsetzung des beim letzten Klimagipfel in Buenos Aires beschlossenen Fünfjahresplanes zu Anpassungsmaßnahmen konkrete Fortschritte erzielt werden, wird wesentlich die Bereitschaft der Entwicklungsländer zu konstruktiven Verhandlungen beeinflussen (Improvement).

## 2 Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen

Die Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen zeigen, wie brisant diese zu werden versprechen.

- Die Wissenschaft ist in den letzten drei Jahren wesentlich deutlicher geworden, was die Aussagen über konkrete Gefährdungen durch den globalen Klimawandel angeht. Früher als die meisten Szenarien erwarten ließen, sind in vielen Regionen bereits jetzt deutliche Konsequenzen des Klimawandels zu spüren. So spricht etwa vieles dafür, dass sich der Anstieg der besonders heftigen Hurrikane (Kategorie vier und fünf) um mehr als 50% seit den 70er Jahren ohne den Klimawandel nicht erklären lässt. Vor zwei Jahren hätte noch kein seriöser Wissenschaftler diese Aussage gewagt.
- Der Treibhausgasausstoß ist weltweit im Jahr 2004 so stark gestiegen (in absoluten Zahlen) wie nie zuvor. Ein Protokoll für die Zeit nach 2012 wird nur dann Akzeptanz finden, wenn es die größten Emittenten mit dem zugleich größten Anstieg der Emissionen, also die USA und China, mit einbezieht.

- Es bahnt sich ein - auch von den EU-Staats- und Regierungschefs akzeptierter - durch die Wissenschaft gestützter Konsens an, dass bei einem Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad Celsius (gegenüber 1860) der Klimawandel in großem Maßstab gefährlich wird. Die Staaten der Welt, einschließlich der USA, haben sich in der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) von Rio de Janeiro 1992 verpflichtet, einen solchen Klimawandel abzuwenden. Um einen globalen Temperaturanstieg von 2 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu verhindern, ist weltweit eine Halbierung des Treibhausgasausstoßes gegenüber 1990 bis Mitte des Jahrhunderts notwendig. Ein weiterer Emissionsrückgang muss dann noch folgen.
- Selbst ein Temperaturanstieg von weniger als zwei Grad bringt für zahlreiche Menschen weltweit erhebliche Konsequenzen und Schäden mit sich. Das Jahr 2005 war vermutlich ein neues Rekordjahr, was wetterbedingte Katastrophen angeht. Deswegen verlangen die besonders betroffenen Entwicklungsländer, dass die Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel gegenüber den bisherigen eher symbolischen Hilfgeldern und unausgereiften Konzepten drastisch erhöht wird. Auch wirtschaftlich schnell wachsende Volkswirtschaften wie China oder Indien nehmen zunehmend die negativen Konsequenzen des Klimawandels als ihre Entwicklung gefährdend wahr.
- Die hohen Öl- und Gaspreise und die Dringlichkeit des Klimaproblems haben in den letzten Monaten weltweit die Akzeptanz von Maßnahmen zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern erheblich gesteigert. Auch technisch noch weniger ausgereifte, eher spekulative neue Technologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung rücken als mittelfristige Klimaschutzoption für eine vorübergehende Zeit zunehmend in den Blick .
- Es ist kein Zufall, dass die Nachfolgekonferenz zur Bonner Renewables 2004 in China stattgefunden hat. China hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, zu einem Weltmarktführer für Energieeffizienz-Technologie und Erneuerbare Energien zu werden, sowohl was den Einsatz als auch was die Herstellung angeht. Zu diesen Anstrengungen gehören auch gesetzliche Rahmensetzungen (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Verbrauchsstandards für PKW usw.). China wird zwar vermutlich keine absoluten, von außen gesetzten Grenzen akzeptieren. Aber folgendes Szenario liegt durchaus im Bereich des Möglichen: China setzt sich ein Ziel, wie es z.B. im Verkehrssektor seine Emissionen gegenüber einem Business-as-usual-Szenario reduzieren will. Wenn der Ausstoß unter diesem Szenario (oder verschärft: mindestens x Prozent unter diesem Szenario) bleibt, dann darf es diese Emissionskontingente im Rahmen des weltweiten Emissionshandels verkaufen. Wenn nicht - das ist die einzige „Sanktion“ - dann verliert es diesen möglichen Gewinn. Dieses Modell könnte in der zweiten Verpflichtungsperiode im Rahmen einer Erweiterung des Clean Development Mechanism (sektoraler CDM) oder eines Aktionsziels umgesetzt werden.
- In den USA mehren sich die Anzeichen, dass eine neue Regierung - egal von welcher Partei gestellt - einen weniger ignoranten und destruktiven Kurs verfolgen wird: Die Häufung von heftigen Hurrikanen ist ein Weckruf; der hohe Ölpreis zeigt, dass gerade auch eine Politik, die Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger nicht fördert, eine Gefahr für den American Way of Life werden kann; die US-Versicherungsindustrie und Finanzmarktakteure drängen zunehmend auf Maßnahmen, weil die sich abzeichnenden Konsequenzen (einer weiteren US-amerikanischen Verweigerungshaltung beim Klimaschutz / des globalen Klimawandels) ihnen zu "heiß" werden; immer mehr Bundesstaaten und Kommunen in den USA bewegen sich in Richtung eines ernsthaften Klimaschutzes.

## 3 Ziele des Klimagipfels im Detail

### 3.1 *Einstieg in ernsthafte Verhandlungen*

Vor diesem Hintergrund gilt es in Montreal, mit entsprechender Entschlossenheit den Einstieg in ernsthafte Verhandlungen zu finden, die in den nächsten Jahren zu verbindlichen Reduktionszielen führen können, obwohl einige Zögerer (USA, Saudi Arabien, Indien ...) genau dies verhindern wollen. Eine Grundfrage dabei ist, wie man diese Verhandlungen führen soll: Auf der Grundlage der Klimarahmenkonvention (welche von den USA ratifiziert und akzeptiert ist) oder auf der des Kyoto-Protokolls (wobei die USA ohne Stimmrecht als Beobachter beteiligt sind, aber kein Veto einlegen können). Vermutlich werden die Verhandlungen in Montreal auf beiden Ebenen beginnen, wobei gut möglich ist, dass diese im Laufe der nächsten Jahre dann in einem Forum zusammenlaufen. Klar ist allen Beteiligten, die einen Erfolg wollen, dass man spätestens mit der nächsten US-Regierung (Wahl Ende 2008, Amtsbeginn Beginn 2009) eine gemeinsame Verhandlungsplattform finden muss.

Zentral ist hierbei, dass die EU und andere Kyoto-Staaten nicht die Möglichkeit weiterer absoluter Reduktionsverpflichtungen für die Industrieländer im Zuge eines „Klima-Appasement“ gegenüber den USA aufgeben. Einige Formulierungen der Regierung Blair (UK) waren jüngst von manchen Beobachtern in diese Richtung interpretiert, aber wohl überinterpretiert worden.

### 3.2 *Konstruktive Gegenstrategie zu US-Position*

Wichtig ist sich die Strategie vor Augen zu führen, die die USA verfolgen, um weitere Verhandlungen, die zu verbindlichen Reduktionszielen führen, zu torpedieren. Wider Erwarten hatte die internationale Staatengemeinschaft das Kyoto-Protokoll und damit den Einstieg in solche Verpflichtungen trotz des kategorischen "Nein" aus Washington in Kraft gesetzt. Nachdem diese Strategie des einfachen "Nein" gescheitert ist, versucht die US-Regierung nun, freiwillige bilaterale Technologieabkommen mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen als Alternative zu Kyoto darzustellen und so eine Front gegen verbindliche Reduktionsziele aufzubauen. Das vor wenigen Monaten gegründete Asia Pacific Netzwerk, in dem die USA u.a. mit China, Indien, Australien und Japan kooperieren wollen, war von den USA als großer Knall gegen Kyoto geplant. Doch das kürzlich geplante Ministertreffen fiel aus, u.a. weil sich die asiatischen Kyotostaaten nicht zu einer solchen Anti-Kyoto-Strategie missbrauchen lassen wollten.

Die EU hat richtig auf diese Strategie reagiert, indem sie mit China und Indien auch technologiebezogene Abkommen geschlossen hat, die von der Substanz über die Abkommen der USA hinausweisen. Wichtig ist, sich bei den Verhandlungen nicht die falsche Alternative "verbindliche Reduktionsziele oder Technologieabkommen" aufdrängen zu lassen, sondern auf den engen Zusammenhang hinzuweisen: Reduktionsziele setzen einen starken Anreiz für den Einsatz innovativer Technologien, erfolgreiche Technologieinitiativen können einen Beitrag zur Zielerreichung leisten. Das heißt auch, dass es durchaus im Sinne einer Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls sein kann, wenn es zusätzlich zu verbindlichen Zielen und dem Einsatz des Emissionshandels innerhalb oder außerhalb des Abkommens zu ehrgeizigen Technologieabkommen kommt.

Aber diese sind eben kein Ersatz für verlässliche Rahmensetzungen im internationalen Klimaschutz. Diese sind im Interesse der allermeisten Akteure, vor allem der immer größer werdenden Zahl von Geschädigten - aber eben auch im Interesse der Wirtschaft und der für Klimarisiken neuerdings sehr aufmerksamen Finanzmärkte.

Eine Rahmenregelung mit absoluten Emissionszielen für die Zeit nach 2012 bringt Investoren der am Emissionshandel beteiligten Sektoren die notwendige Rechts- und In-

vestitionssicherheit. Es ist durchaus sinnvoll, ergänzende Technikabkommen zu vereinbaren. Der Technikeinsatz erleichtert die Zielerreichung. Die Ziele treiben den Innovationsprozess voran.

### **3.3 Fortschritte beim Fünfjahresplan für Anpassung**

Eine weitere wichtige Frage ist, ob die Industrieländer bereit sind, sich für Verhandlungen zu verpflichten, die erhebliche Unterstützung für die notwendige Anpassung an den Klimawandel in vielen Entwicklungsländern bringen können. (Wichtig ist eine Entscheidung der Vertragsstaatenkonferenz über den in Buenos Aires 2004 verabschiedeten Fünfjahresplan und dass hier die drei Punkte 1. Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern, 2. Verletzlichkeit der Gesellschaften dort und 3. notwendige Anpassungsmaßnahmen angemessen vorkommen. Bei der Frage der Umsetzung steht der Prozess allerdings erst am Anfang).

Verkompliziert wird die Debatte über eine Anpassungsstrategie dadurch, dass geeignete Strategien der Katastrophen-Vorsorge nicht von der UNFCCC alleine, sondern im Zusammenspiel mit anderen Prozessen und Akteuren (Kobe follow up, Weltbank usw.) erarbeitet werden muss. Ein Prozess, in dem diese Rollenverteilung geklärt wird, steht an. Wichtig bei der Anpassungsdebatte ist auch, dass nicht aus dem Blick gerät: je stärker der Klimawandel wird, desto eher stößt die Weltgemeinschaft an Grenzen der Anpassung. Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass ohne entschiedenen Klimaschutz alle notwendigen Anpassungsschritte letztlich ins Leere zu laufen drohen.

### **3.4 CDM: Effizienzsteigerung und neue Konzepte für Post-2012**

Außerdem sind konkrete Verhandlungen über die Weiterentwicklung des CDM notwendig. Dabei muss zwischen den Schritten zur Effizienzsteigerung des bestehenden CDM und Erweiterungen des CDM für die zweite Verpflichtungsperiode nach 2012 unterschieden werden.

#### **3.4.1 Mehr Geld und Personal für effizienteren Exekutivrat**

Es ist wichtig, dass die Industriestaaten mehr Geld und mehr Personal für den CDM-Exekutivrat (Executive Board) auf den Tisch legen. (Eigentlich geht es hier um "Peanuts" - da dies aber freiwillige Leistungen sind, lässt sich angesichts der Haushaltslage in vielen Industriestaaten das Geld dennoch schwierig aufreiben. Deutschland reist hier ohne finanzielle Zusagen an, da es wahlbedingt noch nicht einmal einen neuen Haushaltsentwurf gibt, geschweige denn Zusagen für freiwillige Leistungen.) Sehr wichtig wäre auch, dass die EU und Kanada gemeinsam erklären, dass sie im Rahmen ihrer Emissionshandelsysteme auch nach 2012 die Zertifikate aus CDM-Projekten (sog. CERs) zur Nutzung zulassen. Im Moment ist für Investoren nicht klar, ob es für Zertifikate, die nach 2012 aus ihren Projekten generiert werden, noch einen Markt geben wird. (In der EU ist eigentlich die rechtliche Lage durch die Emissionshandels- und Verbindungsrichtlinie so, dass eine automatische Verlängerung für die Zeit nach 2012 ansteht. Deshalb sollte eine solche klare Erklärung nicht zu schwer fallen.)

#### **3.4.2 Schnelle Entscheidung zur Verwaltungsabgabe**

Die Vertragsstaatenkonferenz sollte schnell eine Entscheidung bezüglich der Verwaltungsabgabe (Administration fee) des Exekutivrats treffen. Eine Möglichkeit wäre, sie relativ hoch bei einem Prozent der CERs festzulegen, dafür aber die Registrierungsabgabe zu streichen. Damit nicht zu spät Geld eingeht, könnte festgelegt werden, den geschätzten Wert der CER von zwei Jahren anlässlich der Registrierung zu zahlen.

Die Verwaltungs-Abgabe könnte für end-of the pipe-Projekte höher festgelegt werden als für andere Projekte. Dies kann mit dem geringeren Entwicklungsnutzen begründet werden. Diese Art von Projekten stellen zwar nicht die Vielzahl der Projekte dar, generieren aber bislang den Großteil der CDM-Zertifikate - ihr Entwicklungsnutzen ist allgemein sehr gering.

### **3.4.3 Regierungsunterstützung für Methodologien für Energieeffizienz und Transport**

In den Bereichen Energieeffizienz und Transport hat das Executive Board alle eingereichten Methodologien bisher abgelehnt. Private Investoren scheuen die Vorinvestitionen für weitere Methodologievorschläge. Regierungen oder eine Koalition von Regierungen könnte(n) die Entwicklung solcher Methodologien fördern. So unterstützt etwa Japan die Entwicklung von Methodologien für großindustrielle oder kleine, anwendungsbezogene Energieeffizienz.

### **3.4.4 Reduzierung der Transaktionskosten**

Um die derzeit sehr hohen Transaktionskosten zu reduzieren, sollte, zumindest was Erneuerbare Energien und Energieeffizienz angeht, die Begrenzung zur Bündelung von Projekten deutlich erweitert oder ganz gestrichen werden. Der Aufbau einer zentralen Datenbank, etwa beim Exekutivrat angesiedelt, der es den Projektentwicklern erlaubt, viele der in zahlreichen Entwicklungsländern schwer zugänglichen Daten für die Baseline-Kalkulation einfach zu erlangen, wäre ein großer Fortschritt. In vielen Staaten müssen diese Daten derzeit teuer von Regierungsagenturen gekauft werden.

### **3.4.5 Sektoraler CDM - neue Konzepte für die Zeit nach 2012**

Für die zweite Verpflichtungsperiode nach 2012 ganz wichtig werden könnte die Diskussion um einen sektoralen oder Policy-CDM bzw. von Aktivitätszielen. Diese Möglichkeiten sollten massiv diskutiert und erforscht werden, damit sie 2008/9 tatsächlich beschlossen werden können. Eine Kontaktgruppe wird wohl die erste formale Diskussionsmöglichkeit für solche Ansätze bieten. Aber auch Side-Events bieten sich dafür an.

## **3.5 Instrumente gegen die Waldvernichtung**

Auch gilt es angesichts der fortschreitenden Waldvernichtung (sowohl Tropen- als auch boreale Wälder) konkrete Instrumente für eine Gegenstrategie zu entwickeln. Wichtig ist dabei, dass endliche innovative Ansätze auf den Tisch gelegt werden, die über den wegen der enormen methodischen Schwierigkeiten und Betrugsmöglichkeiten zurecht abgelehnten Vorschlag, "vermiedene Entwaldung" als Möglichkeit in den CDM einzuschließen, hinausweisen. Ein Vorschlag von Papua-Neuguinea zum Handeln gegen Entwaldung ist in dieser Hinsicht interessant, weil hier über Emissionen, nicht über Senken gesprochen werden soll. Ein Vorgehen, das diesen Grundansatz aufgreift, hat allerdings erst für die Zeit nach 2012 Aussicht auf Erfolg, da er mit den Marrakesh Accords nicht vereinbar ist.

## **3.6 Statistische Basis für Einbezug des Flugverkehrs klären**

Spätestens bei dem auf Montreal folgenden Klimagipfel (COP 12, 2006) muss das am schnellsten wachsende Klimaproblem, der Flugverkehr, konsequent und effektiv angegangen werden. Es ist zu hoffen, dass die EU bis dahin Maßnahmen zum von der EU ausgehenden Flugverkehr (vermutlich die Integration in den EU-Emissionshandel) beschlossen haben wird und dann als Antreiber für die Einbeziehung des internationalen Luft- (und See-)verkehrs in ein Folgeprotokoll zu Kyoto mit entsprechenden Reduktions-

verpflichtungen auftritt. In Montreal steht nach jahrelanger Verzögerungstaktik die Klärung der statistischen Basis zur Bewertung der Flugverkehrsemissionen an. Diese ist dann Grundlage für hoffentlich ernsthaftere Verhandlungen ab dem kommenden Jahr.

### **3.7 Vorreiterrolle der EU und Deutschlands (auch unter neuer Regierung)**

Ganz wichtig ist: Die EU muss ihre in der Vergangenheit an den Tag gelegte aktive Rolle beibehalten, mit Deutschland und Großbritannien als besonders wichtigen Verhandlungspartnern in ihrer Mitte. Für Deutschland wird der neue Umweltminister Gabriel seine ersten Erfahrungen in der internationalen Klimadiplomatie sammeln und am Ministersegment - unterstützt durch den gewieften (Noch-)Staatssekretär Baake - teilnehmen. Gabriel hat den Klimaschutz als zentrale Aufgabe für seine Amtszeit bezeichnet. Wir sehen das als ein erstes Anzeichen dafür, dass Deutschland auch unter seiner Führung eine Lokomotive des internationalen Klimaschutzes bleiben wird.

#### **... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?**

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## **Impressum**

### **Autoren:**

Christoph Bals, Manfred Treber, Sven Anemüller, Dustin Neuneyer, Klaus Milke und Gerold Kier

### **Herausgeber:**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon 0228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon 030/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Stand: 25.11.05

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**<http://www.germanwatch.org/rio/c11-hg.htm>**

# Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Gerechter Welthandel und faire Chancen für Entwicklungsländer durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin  
Voßstr. 1  
D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.  
Büro Berlin  
Voßstr. 1  
D-10117 Berlin

## Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)

Zahlungsweise:  jährlich  vierteljährlich  monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von €..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut .....

BLZ .....

Kontonummer .....

Unterschrift .....